

Deutschland hat die Wahl oder hat Deutschland die Wahl?

Von Horst Parton, Vorsitzender der ISOR e. V.

Der Bundespräsident hat für den 18. September 2005 die Neuwahl des Bundestags festgesetzt und damit dem Wunsch der etablierten Parteien entsprochen.

Deutschland soll nach dem Willen der Herrschenden wählen, wer die Politik der Unternehmerinteressen und des Sozialabbaus fortsetzt. Deutschland hat aber auch die Wahl, eine starke Opposition für die Interessen der »Arbeitnehmer«, Arbeitslosen, sozial Schwachen und der Rentner in den Bundestag zu bringen.

Deutschland befindet sich in einer tiefen gesellschaftlichen Krise. Steuergeschenke haben die Profite erhöht, die Staatsverschuldung ausgeweitet und die Arbeitslosigkeit nicht verringert. Lohndumping, Hartz-Gesetze, »Gesundheitsreform« und Senkung der realen Renteneinkommen sind Ausdruck einer beispiellosen Umverteilung des Volksvermögens von unten nach oben und massiven Sozialabbaus. Ungleichbehandlung, Ausgrenzung und Diskriminierung großer Bevölkerungsgruppen werden vor allem in Ostdeutschland fortgesetzt. So hat sich erst im Juni dieses Jahres eine große Koalition der Vergeltung für die Aufrechterhaltung und teilweise Verschärfung des Strafrentensystems entschieden.

Die Gretchenfrage der Wahl ist: Begründen die vorgelegten Programme die Wende zum noch Weniger für das Volk oder werden wirklich existenzsichernde, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse geschaffen und das soziale Niveau gehalten und verbessert? Die fortschreitende Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und der demographischen Entwicklung erfordern ein Leitbild der gesellschaftlichen Entwicklung, das wirtschaftlichen Fortschritt, Beschäftigung, soziale Sicherheit sowie Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit zusammenführt.

Existenzsichernde Arbeitsplätze für Alle

Technologischer Fortschritt und rücksichtsloses Profitstreben führen weiter zur Vernichtung von Arbeitsplätzen. Zukunftsorientierte Förderung neuer Technologien kann neue Arbeit schaffen, sie wird jedoch die klaffende Lücke

nicht schließen. In einem öffentlich geförderten Bereich gemeinnütziger und qualifikationsgerechter Arbeit jenseits der Privatwirtschaft und bürokratischer Reglementierung können neue Arbeitsplätze in großem Umfang geschaffen werden. Die vorhandene Arbeit kann durch Arbeitszeitverkürzung gerechter verteilt werden. Das zu gestalten, ist Aufgabe staatlicher Politik. Es müssen also neue Wege gefunden werden, damit fünf Millionen Arbeitslose nicht länger von der Teilhabe am Erwerbsleben ausgeschlossen bleiben. Dazu gehören auch ein ausreichender Schutz der »Arbeitnehmer« vor unternehmerischer Willkür und Diskriminierung, also Kündigungsschutz weiterhin auch in Kleinbetrieben, gesetzliche Höchstarbeitszeiten und überbetriebliche Flächentarifverträge.

Bildung, Ausbildung und lebensbegleitende Qualifizierung auf hohem Niveau

Allgemeine und berufliche Qualifikation sind entscheidende Voraussetzungen, um den höheren Anforderungen flexibler beruflicher Tätigkeit und wirklich freier Teilnahme an der Demokratie gerecht werden zu können. Deutschland braucht ein Bildungssystem aus einem Guss, das vor allem der Chancengleichheit verpflichtet ist und Talentförderung gewährleistet. Die Wirtschaft darf dabei nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden. Die Weiterbildung muss als gleichberechtigter Bildungsbereich (4. Säule) anerkannt und gefördert werden. Sie ist besonders für Arbeitslose und die von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen notwendig. An der Fähigkeit, für das Leben erfolgreiche Bildung zu lenken, muss sich jede Bundesregierung messen lassen.

Erhaltung und Stärkung der solidarischen Systeme sozialer Sicherheit

Das Vertrauen in den Sozialstaat wird vor allem vom Funktionieren der solidarischen Systeme zur Absicherung vor den Lebensrisiken im Falle der Krankheit, Erwerbsunfähigkeit und der Sicherung des Lebensstandards im Alter getragen. Privatisierung zerstört dieses Vertrauen,

weil sie die Kosten nach der Größe des Risikos auf den Betroffenen abwälzt.

Die Gesundheitsprämie (vorher Kopfpause) der CDU/CSU verschleierte das nur. Für die Finanzierung der sozialen Sicherheit steht der Ausbau der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung zu einer echten solidarischen Bürgerversicherung an: also die Ausweitung der Versicherungspflicht auf die gesamte erwerbstätige Bevölkerung, einschließlich Selbständige und Beamte, wie es in anderen Ländern seit Jahren mit Erfolg gehandhabt wird..

Die gesetzliche Rente muss leistungsbezogen bleiben und auch in Zukunft einen angemessenen Lebensstandard sichern. Menschen mit langjähriger Erwerbstätigkeit dürfen nicht nur auf eine Grundsicherung verwiesen werden. Die Unterschiede in der Höhe der Renten in Ost und West müssen ebenso wie die Unterschiede in der Entlohnung endlich beseitigt werden. Der Lebensstandard wird nur erhalten, wenn die Einkommen wenigstens die Inflation ausgleichen.

Erhaltung einer lebensfähigen öffentlichen Daseinsvorsorge

Wasser und Strom, Müll- und Abwasserentsorgung, öffentlicher Personenverkehr, Post und Telekommunikation, Sicherheit und Recht, kulturelle Leistungen, Gesundheitsdienste, Kinderbetreuung und das Bildungswesen sind Leistungen, die im Interesse des Gemeinwohls und des Einzelnen sicherzustellen sind. Sie dürfen nicht der privaten Konkurrenz unterworfen und zur bloßen Ware degradiert werden, wodurch immer mehr Menschen der Zugang erschwert oder verwehrt wird. Die arbeitenden Menschen zahlen Steuern vor allem, damit diese Leistungen jedem gleichermaßen zukommen können.

Diese ausgewählten sozialpolitischen Aspekte heben die unter den heutigen Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft möglichen Veränderungen hervor, um Deutschland sozialer zu gestalten und den Sozialstaat zu erhalten. Dazu müssen vom Gesetzgeber die im Interesse des Gemeinwohls notwendigen Handlungsrahmen gesetzt werden.

➤ Die Wahlprogramme von CDU/CSU und FDP weisen in eine andere Richtung. Auch die mit kosmetischen Korrekturen seit dem Mai aufgebesserten Programme von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind angesichts ihrer Politik der letzten Jahre nicht überzeugend.

Alle diese Parteien sind für Mitglieder und Sympathisanten von ISOR e.V. nicht mehr wählbar. Unter den Parteien, die eine reale Chance zum Einzug in den Bundestag besitzen, ist nur von der Linkspartei/PDS eine Vertretung unserer Interessen zu erwarten. Das schließt in konkreten Einzelfällen eine Unterstützung von Direktkandidaten aus anderen Parteien nicht aus, wenn diese sich glaubwürdig gegen die Fortsetzung der Politik des Sozialabbaus und der Strafrenten positionieren. Lest die Programme der Parteien, hört Euch Erklärungen von Kandi-

➤ **Fortsetzung von Seite 1**

daten auf Wahlveranstaltungen an und stellt Fragen, z.B. warum sie der Fortsetzung des Rentenstrafrechts zugestimmt haben. Nehmt Euer Recht wahr und geht zur Wahl, Wahlabstimmung verzerrt den tatsächlichen Volkswillen und schadet vor allem den Nichtwählern. Wählt die Liste der Linkspartei/PDS, der Partei, die als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien

konsequent gegen das Rentenstrafrecht eintritt. Helft dieser Partei, aussichtsreiche Direktmandate zu gewinnen, und entscheidet Euch ansonsten für solche Direktkandidaten, von denen Ihr annehmen könnt, dass sie unsere Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und Gleichbehandlung wirksam vertreten werden. Es muß uns endlich gelingen das Kräfteverhältnis im deutschen Bundestag zu verändern.

Auf seiner Sitzung am 14.07.2005 hat das Präsidium des Ostdeutschen Kuratoriums von Verbänden (OKV) die nachfolgende Erklärung zur bevorstehenden Bundestagswahl einstimmig beschlossen:

Nutzen wir die Chance

Aufruf der im OKV vereinigten Verbände, Gesellschaften und Organisationen zur Bundestagswahl am 18. September 2005

Das politische Deutschland ist in Bewegung geraten. Durch die globalisierte hemmungslose Marktwirtschaft und die ihr untergeordnete Politik der Regierenden wie der »Opposition« verschärfen sich die sozialen Konsequenzen für große Teile des Volkes.

Grundübel dieser Marktwirtschaft ist die wachsende Arbeitslosigkeit mit ihren vielseitigen negativen Auswirkungen. Seit 30 Jahren baut sie sich auf. Ein Ende ist nicht abzusehen. SPD und CDU hatten Zeit zu beweisen, dass sie ihrer Herr werden.

Doch Fehlleistung auf der ganzen Linie. Warum? Sie realisieren Interessen der wirtschaftlich Herrschenden.

Schon eine bloße Idee zur Verbesserung der Lage der Betroffenen ruft die Lobby des Kapitals auf den Plan mit Schwarzmalerei für den Standort Deutschland und Androhung weiterer Arbeitslosigkeit. Und die abhängigen Medien spielen mit.

Eine neue Politik ist nötig.

Ein Gespenst geht um in Deutschland. Das Gespenst der Angst der Herrschenden vor einer Solidarisierung der Menschen, die genug davon haben, dass ihnen die Taschen geleert und sie obendrein veralbert und getäuscht werden.

Die mögliche Einigung linker Kräfte im Bundestagswahlkampf versetzt alle Kräfte rechts von ihnen in helle Aufregung.

Sorgen wir für die Verstärkung dieser Aufregung.

Gewährleisten wir als organisierte Vertreter ostdeutscher Interessen, die sich inzwischen, wenn auch differenziert, zu gesamtdeutschen ausgewachsen haben, dass die angekündigte Härte des Wahlkampfes nicht unbeantwortet bleibt.

- Nennen wir ungeschönt den Widerspruch zwischen unseren Erwartungen und der Realität.
- Stellen wir unerbittlich und selbstbewusst unsere Forderungen dafür, dass wir nach 15 Jahren staatlicher Einheit nicht weiterhin als Bürger 2. Klasse existieren wollen.
- Kämpfen wir dagegen, dass Ostdeutschland das Experimentierfeld für sozialen Abbau in ganz Deutschland bleibt.
- Verhindern wir, dass neofaschistische Kräfte in den Deutschen Bundestag einziehen und deutsche Streitkräfte weltweit »deutsche Interessen« verteidigen.
- Beweisen wir unsere ausgeprägte demokratische Gesinnung durch einen kultivierten politischen Wahlkampf.
- Verstärken wir unsere solidarische Haltung mit allen politisch und sozial besonders Diskriminierten und schauen dabei über den eigenen Brillenrand hinaus.
- Prüfen wir gewissenhaft und nachhaltig, welche der zur Wahl stehenden Partei und welcher Direktkandidat unsere Interessen am ehesten vertreten wird.

Nur der und dem werden wir unsere Stimme anvertrauen.

Ermutigen wir die Entmutigten, zur Wahl zu gehen.

Bekennen wir uns zu einem besseren Deutschland.

Treten wir für Frieden, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit ein.

Nichts bleibt wie es ist.

Veränderung reicht nicht, es muss besser werden!

Positionen zum Rentenstrafrecht aus dem Bundestag:

Aus der Niederschrift des Ausschusses für Gesundheit und Soziale Sicherung des Bundestages, 103. Sitzung, 11. 05. 2005

Tagesordnungspunkt 1: Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eines Ersten Gesetzes zur Änderung, des AAÜG – BT-Drucksache 15/5314

Abgeordnete Erika Lotz (SPD)

Das Bundesverfassungsgericht habe dem Gesetzgeber die Möglichkeit eingeräumt, bis zum 30. Juni 2005 eine Neuregelung zu treffen. Dafür stehe nur ein sehr enger Gestaltungsspielraum zur Verfügung. Bei der Ausgestaltung der Neuregelung müsse im Wesentlichen darauf abgestellt werden, ob die betreffenden Personen dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) rechtlich oder faktisch weisungsbefugt bzw. ob sie Teil des Gesamtkonzepts der Selbstprivilegierung innerhalb des Staates gewesen seien. Ihr sei bewusst, dass aus Sicht der SED-Opfer sicherlich schwer nachvollziehbar sei, dass viele Funktionäre von der Neuregelung nicht erfasst würden und deutliche Rentenverbesserungen erhielten.

Abgeordnete Maria Michalk (CDU/CSU)

Es sei dringend notwendig, für Systemträger der ehemaligen DDR eine gesetzliche Regelung zu schaffen, um Rentenverbesserungen für diese Personengruppe zu verhindern. Nachdem das Bundesverfassungsgericht bestätigt habe, dass die Stasi-Mitgliedschaft die Entgeltbegrenzung rechtfertige, erwidere der Änderungsantrag der Fraktion der CDU/CSU die in dem Gesetzentwurf bezeichneten Gruppen um diejenigen Personen, die – nach Aussage der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen – nachweislich Stasi-Mitglieder gewesen seien.

Abgeordnete Birgit Bender (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

erklärt, zwischen allen Fraktionen bestehe Einigkeit darüber, dass die staatsnahen Eliten in einem Unrechtsstaat nicht auch noch bei der Rente von ihrer früheren Stellung profitieren sollten.

Abgeordneter Dr. Heinrich L. Kolb (FDP)

Durch das lange Zuwarten hätten jetzt nur wenige hoch gestellte Berufsgruppen, bei denen der Verantwortungszusammenhang mit dem MfS offensichtlich sei, im Gesetzentwurf Berücksichtigung gefunden. Andere Personen, bei denen Entgeltbegrenzungen ebenfalls angezeigt gewesen wären, kämen ab dem 1. Juli 2005 in den Genuss von Rentenverbesserungen. Dennoch werde die Fraktion der FDP dem Gesetzentwurf als »kleinerem Übel« zustimmen, weil die Alternative – der Wegfall sämtlicher Kürzungsmechanismen – noch unbefriedigender sei.

PStS Franz Thönnies (BMGS)

Vielmehr müsse die Weisungsbefugnis gegenüber dem MfS berücksichtigt werden. Aus diesem Grund sei mit der so genannten »Gauck-

➤ **Fortsetzung auf Seite 3**

> Fortsetzung von Seite 2

Behörde« die Beschreibung des Personenkreises eng abgestimmt worden, um zu zielgenauen Formulierungen zu kommen, die der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts standhielten.

MDg Hans-Ludwig Flecken (BMGS)

Nach Ansicht von Historikern der »Gauck-Behörde« sei es nicht berechtigt, alle Mitglieder des Zentralkomitees in die Begrenzungsregelung einzubeziehen, da dem Zentralkomitee als repräsentativem Organ der SED viele ehrenamtliche Mitglieder ohne Weisungsbefugnis angehört hätten. Ferner hätten die territorialen Parteisekretäre spätestens seit 1976, als Erich Mielke Vollmitglied des Politbüros geworden sei, nahezu keine Weisungskompetenz gegenüber dem MfS mehr gehabt. Nur weil die Dienstweisung 17/57 des Ministers für Staatssicherheit vom 18. Juni 1957, nach der die Ersten Sekretäre der SED-Bezirks- und Kreisleitungen die Weisungsbefugnis gegenüber den jeweiligen MfS-Dienststellen erhalten hätten, nie förmlich aufgehoben worden sei, seien die Ersten Sekretäre im Gesetzentwurf von der Begrenzungsregelung erfasst worden. Die Zweiten Sekretäre sowie die Abteilungs- und Bereichsleiter einzubeziehen, sei vor diesem Hintergrund nicht zu vertreten.

Abgeordnete Dr. Marlies Volkmer (SPD)

erklärt, es sei ihr ausdrücklicher Wunsch, dass möglichst viele Personengruppen von der Ausnahmeregelung erfasst werden. Jedoch sei von der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der »Gauck-Behörde« geprüft worden, dass eine Erweiterung im Sinne des Änderungsantrags der Fraktion der CDU/CSU zu verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten führen würde.

Abgeordnete Maria Michalk (CDU)

Vor dem Hintergrund, dass den Rentnern für das laufende Jahr eine »Nullrunde« drohe, sei es ein falsches Signal, dem größten Teil der Systemtäter des DDR-Regimes ab Juli 2005 Rentenverbesserungen zuzugestehen. Aus diesem Grunde soll der Gesetzgeber Mut beweisen, den Kreis derjenigen, für die Entgeltbegrenzungen zulässig seien, so weit wie möglich zu fassen.

Abgeordnete Erika Lotz (SPD)

Einigkeit habe darin bestanden, dass die in Folge der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum 1. Juli 2005 zu befürchtenden Rentenerhöhungen und Rentennachzahlungen für Spitzenfunktionäre der ehemaligen DDR vermieden werden sollten. Die in dem Gesetzentwurf vorgesehenen Regelungen zur Begrenzung der rentenrelevanten Entgelte für bestimmte Personenkreise – zum Beispiel für Mitglieder oder Kandidaten des Politbüros, Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrats, des Staatsrats oder des Ministerrats, Erste Sekretäre der SED-Bezirks- oder Kreisleitungen, die im hauptamtlichen »Apparat« des Zentralkomitees

der SED tätigen Personen, Staatsanwälte im Bezug zum MfS – würden von allen Fraktionen mitgetragen. Die Fraktion der CDU/CSU habe es für erforderlich gehalten, weitere Personen in herausgehobenen Funktionen in Partei- und Staatsapparat in die vorgesehene neue Begrenzungsregelung einzubeziehen. Die Fraktionen seien übereingekommen, den Gesetzentwurf im Wege eines interfraktionellen Änderungsantrags um weitere Personen zu erweitern. Insbesondere weitere leitende Funktionäre der SED-Bezirks- oder Kreisleitungen, Mitglieder von Staats- und Ministerrat und deren Stellvertreter, Richter und Staatsanwälte der so genannten 1. a-Senate, leitende Mitarbeiter der Abteilung Sicherheit des Zentralkomitees der SED sowie Mitglieder der SED-Bezirks- oder Kreiseinsatzleitung sollten künftig von der Begrenzungsregelung erfasst werden. Eine Nichtberücksichtigung dieser Personenkreise ließe sich nicht zuletzt vor den Opfern des SED-Regimes nur schwer rechtfertigen.

Abgeordnete Maria Michalk (CDU/CSU)

Es sei gelungen, den Begriff der Weisungsbefugnis auszuweiten. Dennoch sei allen bewusst, dass die gefundene Regelung nicht zu einer hundertprozentigen Gerechtigkeit für alle Opfergruppen führen könne. Dennoch sei die Gerechtigkeitslücke zwischen Systemprivilegierten und Systemopfern geringer geworden.
... Ende des Auszugs!

Anmerkungen der AG Recht:

Die Auszüge zeigen, dass die Aushebelung der Wertneutralität des Rentenrechts und die Beibehaltung des Rentenstrafrechts durchgängig politisch motiviert sind.

1. wird immer wieder eine fatale Verknüpfung von bevorzugten »systemnahen Eliten eines Unrechtsstaates« durch »erhebliche Rentenverbesserungen« gegenüber den benachteiligten »SED-Opfern« konstruiert und das, obwohl das BVerfG feststellt, dass eine solche Verknüpfung verfassungsrechtlich zur Rechtfertigung nicht trägt.

2. wird in irreführender Weise die hinnehmbare »Nullrunde« der Rentner allgemein der nicht-hinnehmbaren »Rentenverbesserungen« für die Systemträger des »DDR-Regimes« gegenüber gestellt. Diese Entstellung vertuscht, dass es sich bei dieser Rentenverbesserung um einen bislang rechtswidrig entzogenen Rechtsanspruch auf eine zustehende Rente handelt. Selbst in dem »Eckpunkte«-Papier zur Aufhebung der so genannten E 3-Regelung wird bestätigt, dass die Anhebung der unrechtmäßig gekürzten Renten »die Folge der zuvor erfolgten Halbierung der Rentenansprüche« ist. Also die Rente wird nicht erhöht, sondern das rechtswidrig Einbehaltene wird nachträglich erstattet und künftig ungekürzt gezahlt.

3. Sichtbar wird insgesamt, dass die politisch geprägten Bestrebungen, für »Systemträger der DDR« gesetzliche Regelungen zu schaffen, die eine »Rentenverbesserung« bei diesen Personen verhindern soll, fortbestehen.

4. Wir überlassen es unseren Mitgliedern, weitere Schlussfolgerungen über diese »Vertreter« zu ziehen und Ihnen gegenüber zu äußern.

Der Kampf um Rentengerechtigkeit und Wertneutralität des Rentenrechts ist noch nicht zu Ende !



Am 01. 07. 2005 führte die TIG Meißen im Beisein des Landesbeauftragten Horst Eismann eine Mitgliederversammlung durch. Zu Beginn erinnerte der TIG-Vorsitzende Gerd Böhme an den 1. Juli, als den ehemaligen Ehrentag der Angehörigen der Deutschen Volkspolizei. Er sprach in diesem Zusammenhang allen TIG-Mitgliedern, welche ihren Dienst in der VP versahen, den Dank für die solidarische Hilfe im Kampf für die volle Erlangung der Rentengerechtigkeit aus. Horst Eismann gab einen Überblick über den derzeitigen Stand der Anstrengungen der Auswertung der Sozialunterlagen der ehemaligen bewaffneten Organe der DDR zur Schaffung neuer Erkenntnisse über die Einkommensverhältnisse im MfS/AfNS sowie der veränderten Situation nach Beschlussfassung des Bundestages zur offensichtlich verfassungswidrigen Gesetzgebung, zur Schaf-

fung neuer Kategorien im Rentenstrafrecht. In Folge wurde allen anwesenden TIG-Mitgliedern die Information des ISOR-Vorstandes zu aktuellen Aufgaben im Zusammenhang mit den möglich vorgezogenen Bundestagswahlen gegeben. Das Leitungsmitglied Günter W. Berger stellte einen Schriftsatz-Entwurf der TIG Meißen an die Bundestagsfraktionen zur bevorstehenden Neuwahl vor, welcher einstimmig Zustimmung erlangte. Darin kommt die Sorge der TIG-Mitglieder zum gegenwärtig verschärft praktizierten Rentenstrafrecht als Koalition der Vergeltung zum Ausdruck. Es werden Parallelen gezogen zum Unrecht im Nazideutschland gegenüber jüdischen Mitbürgern und politisch anders Denkenden, unter der jetzt wieder praktizierten Formulierung des gesunden Volksempfindens und deren juristische Wertung. Die anschließende Diskussion

> Fortsetzung auf Seite 4

> Fortsetzung von Seite 3

nahm regen Anteil an den aufgeworfenen Problemen. Auch wurde durch ehemalige VP-Angehörige verdeutlicht, dass der Mitgliederbestand ehemaliger Angehöriger der KD Meißen in unserer TIG mit gegenwärtig 40 % zu gering ist, um einen stabilen Mitgliederbestand in der Initiativgemeinschaft ISOR zu gewährleisten. Diesem Anliegen pflichtete der TIG-Vorstand bei und erklärte den gegenwärtigen Mitgliederbestand bis Jahresende um 10 % durch Neugewinnung aus dem ehemaligen Personalbestand der Kreisdienststelle erhöhen zu wollen. Im Wahlvorgang zum TIG-Vorstand sprachen die Beteiligten der alten Leitung ihren Dank und die Anerkennung für die bisher geleistete Arbeit aus. Einstimmig wurde diese Leitung erneut mit einem zusätzlichen Neuzugang gewählt. Gleichzeitig wurde das Vorstandsmitglied Günter W. Berger als Delegierter zur Vertreterkonferenz zum 12.11.05 gewählt.

Günter W. Berger



Zur Auswertung der Beratung vom 16.02.2005 in Berlin mit ehemaligen Verantwortungsträgern des MfS/AfNS folgten der Einladung der Vorsitzenden unserer TIG **Dresden** und des ehemaligen stellvertretenden Leiters der BV am 30.06.2005, 70 % der ehemaligen Verantwortungsträger der BV Dresden / Kreisdienststellen. Einige waren aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen an der Teilnahme verhindert, nur Wenige blieben unentschuldigt fern. Im Mittelpunkt der Beratung stand die Gewinnung von neuen Mitgliedern für unsere Organisation in enger Zusammenarbeit der ehemaligen Verantwortungsträger der Dienststellen und den Betreuern unserer TIG. Nach einer Analyse des Personalbestandes vom Dezember 1989 der BV und der davon in der TIG Dresden organisierten Mitglieder wurde sichtbar, wir haben noch Reserven für die Gewinnung von neuen Mitgliedern. ISOR-Landesbeauftragter H. Eismann erläuterte nochmals die Notwendigkeit der weiteren Stärkung von ISOR e.V. als eine entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche Weiterführung unseres Kampfes gegen das Rentenstrafrecht. In Beiträgen wurde unterstrichen, dass persönliche Kontakte mit den Mitarbeitern der ehemaligen Dienstkollektive und ISOR-Aktivitäten wie z.B. Wanderungen, Seniorenfahrten, Wochenendausfahrten u.a. eine wichtige Voraussetzung für den Zusammenhalt sind. Unterstrichen wurde die solidarische Haltung der in unserer TIG organisierten Mitglieder aus den anderen bewaffneten Organen, insbesondere der DVP. Die der Veranstaltung aus unterschiedlichen Gründen ferngebliebenen ehemaligen Verantwortungsträger werden schriftlich über unser Anliegen informiert und sie aufgefordert, sich unseren Aktivitäten anzuschließen.

Günter Wenzel

AG Recht informiert:

BSG: Der höhere Dienstbeschädigungsausgleich ist zu zahlen

Nach einem Urteil des BSG im Jahre 2003 haben viele ehemalige Angehörige der NVA, des MdI und der Zollverwaltung die höhere Zahlung des Dienstbeschädigungsausgleichs beantragt (ISOR aktuell 02/04). Diese Anträge wurden vielfach zurückgewiesen, worauf die Betroffenen Widerspruch erhoben haben (ISOR aktuell 03/04). Nachdem auf Widerspruchsscheide geklagt wurde (ISOR aktuell 06/04), wurden noch offene Widersprüche oder Anträge zum Ruhen gebracht.

Jetzt hat das BSG am 7. Juli 2005 erneut entschieden: Die Ablehnung des höheren Dienstbeschädigungsausgleichs ist rechtswidrig, denn sie bezieht sich auf eine vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärte Sonderregelung für Ostdeutsche. Dieser Erfolg soll nun möglichst schnell in entsprechende Nachzahlungen umgesetzt werden. Die Rechtsanwälte Bleiberg und Schippert haben mitgeteilt, dass sie die dazu notwendigen Schritte in den dort vertretenen Klage- und Berufungsverfahren unternommen haben.

Wer wegen seines Anspruchs auf höheren Dienstbeschädigungsausgleich bisher noch keine anwaltliche Hilfe in Anspruch nehmen musste, kann sich nun selbst an seinen Versorgungsträger wenden. Dafür empfehlen wir folgenden Text:

*Adresse des Versorgungsträgers
Datum*

Aktenzeichen des Versorgungsträgers

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Bundessozialgericht hat am 7. Juli 2005 (B 4 RA 58/04 R u.a.) erneut entschieden, dass der Dienstbeschädigungsausgleich ohne die bisher für Ostdeutsche geltenden Kürzungen zu zahlen ist. Deshalb ist meinem Antrag vom ..2004 (Datum des abgelehnten Antrags) zu entsprechen. Sollte dies nicht umgehend geschehen, behalte ich mir Untätigkeitsklage vor.

Unterschrift

Mit dem Hinweis auf die Untätigkeitsklage soll erreicht werden, dass die Behörden möglichst schnell das Urteil umsetzen. Über das Urteil gibt es bisher nur die Pressemitteilung vom 15. Juli 2005. Erfahrungsgemäß wird das Urteil etwa im Oktober zugestellt.

Aus der Postmappe:

Ich möchte vor allem zuerst die Freunde aus der TIG **Berlin-Treptow** und **Berlin-Köpenick** ansprechen. In diesem Berliner Stadtbezirk stellt sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Siegfried Scheffler, der seit 1990 dem Bundestag angehört, wieder als Direktkandidat für die vorgezogene Bundestagswahl. Gegen Gregor Gysi! In einem persönlichen Gespräch im Januar dieses Jahres mit Scheffler forderte ich ihn auf, wenn die Gesetzesvorlage entsprechend der Auflage des BVerfG-Beschlusses von 2004 gefertigt wird, sich für die völlige Aufhebung des Rentenstrafrechts einzusetzen. So wie er es auch schon persönlich bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfes der SPD-Fraktion im Mai 1995 (damals in der Opposition!) mit formulierte! Erstens bestritt er vehement, dass eine solche Formulierung dort drin stand. Und im weiteren sagte er mir klar und deutlich, dass er schon damals politisch nicht hinter einer solchen Forderung gestanden habe. Dem neuesten Veränderungsgesetz gab er im Bundestagsausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, dem er angehört, seine Stimme. Zur abschließenden 2. und 3. Lesung im Bundestag war er nicht anwesend. Solch ein »Volksvertreter« kann kein Mandat mehr beanspruchen, er hat das gleiche Doppelgesicht wie die gesamte SPD. Liebe Freunde, macht in euren TIG's auf ähnliche Verhaltensweisen der neuen/alten SPD-Kandidaten aufmerksam.

Im übrigen möchte ich noch folgendes zur allgemeinen Information hinzufügen: Der Gesetzentwurf, der schließlich Gesetz wurde, wurde laut MDg Hans-Ludwig Flecken, im federführenden BT-Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung am 11.5.05, auch in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium für Justiz erarbeitet. Das macht doch die Bezeichnung »Rentenstrafrecht« noch glaubwürdiger oder nicht?

Helmut Holfert, TIG Berlin-Treptow

Der Vorstand teilt mit:

Vorstandssitzung 27.07.2005

Der Vorstand begrüßte als Gast Dr. Henry Weiße, der sich die Mühe gemacht hatte, die Wahlprogramme der Parteien und die Forderungen anderer politischer Kräfte, insbesondere linker Gewerkschafter, zur Bundestagswahl zu studieren und auszuwerten. Seine daraus abgeleiteten Einschätzungen und Orientierungen und eine von Dr. Wolfgang Stuchly als Entwurf vorgelegte Erklärung bildeten die Grundlage des in dieser Ausgabe veröffentlichten Artikels des Vorsitzenden der ISOR e.V., Horst Parton.

Der Vorstand beschäftigte sich mit der Frage, wie die mittlerweile fast 300 Einzelmitglie-

> Fortsetzung von Seite 4

der in den alten Bundesländern an der Vertreterkonferenz im November dieses Jahres beteiligt werden können. Er beschloss, zwei dieser Einzelmitglieder als Gäste einzuladen und sie zu bitten, in der Diskussion ihre spezifischen Probleme anzusprechen.

Die anderen Einzelmitglieder sollen entsprechend informiert werden und auf diese Weise die Möglichkeit erhalten, Fragen, Vorschläge, Kritiken und Meinungen über die eingeladenen Gäste an die Vertreterkonferenz heranzutragen.

Prof. Horst Bischoff berichtete über die bisherigen Ergebnisse der von ihm geleiteten Arbeitsgruppe zur Überprüfung und Überarbeitung der Satzung der ISOR e.V.

Dabei zeichnet sich ab, dass eingebrachte Vorschläge, insbesondere solche zur verstärkten Wahrnehmung der Interessen von Mitgliedern, deren Rentenprobleme bereits gelöst sind, im Rahmen der bisherigen Satzung realisierbar sind. Das betrifft speziell die Intensivie-

rung der Betreuungsarbeit, der Beratungstätigkeit und sozialpolitische Initiativen in enger Zusammenarbeit mit anderen Sozialverbänden und -vereinen.

Die Diskussion dazu wird im Vorstand fortgeführt und einen inhaltlichen Schwerpunkt der Vertreterkonferenz im November 2005 bilden.

Dr. Gerhard Dylla informierte in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Ostdeutschen Kuratoriums der Verbände (OKV), dass die ursprünglich geplante gemeinsame Konferenz des OKV und der PDS anlässlich des 15. Jahrestages des 03.10.1990 wegen der bevorstehenden Bundestagswahl abgesagt werden musste. ISOR wird sich mit einer Delegation an dem Kolloquium der ostdeutschen Verbände und Vereine zur »Bilanz von 15 Jahren Einheit« beteiligen, das am 29.09.2005 stattfinden wird und hier einen Beitrag zu den Erfahrungen und weiteren Aufgaben im Kampf um Rentengerechtigkeit leisten.

Ziel dieses Kolloquiums ist die Formulierung von Forderungen an Regierung und Opposition. Der Vorstand beschloss, die Erklärungen des

OKV und des Alternativen Geschichtsforums zum 15. Jahrestag des Anschlusses der DDR an die BRD zu unterstützen und wird Anfang September 2005 eine eigenen Erklärung aus gleichem Anlass veröffentlichen.

Zu den Dienstbeschädigtenrenten

Am 21. November 2001 hat das Bundesverfassungsgericht die Einstellung der Dienstbeschädigtenrenten durch das AAÜG als verfassungswidrig zurückgewiesen. Seither ist zur entsprechenden Änderung des AAÜG nichts geschehen. Stattdessen haben Regierungsstellen versucht, die Urteile des Bundesverfassungsgerichts und des Bundessozialgerichts für höhere Zahlungen des Dienstbeschädigtenausgleichs zu unterlaufen.

Der ISOR-Vorstand hat sich mit einem Brief vom 7. Juni 2005 an den Bundesratspräsidenten und Ministerpräsidenten Brandenburgs, Mathias Platzeck, energisch gegen die Verschleppung und die Versuche erneuter Verschlechterung gewandt. Unmittelbar danach

> Fortsetzung auf Seite 6

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 93. Geburtstag:

Erich Reinhold, Bln.-Lichtenberg

zum 92. Geburtstag:

Else Wicczorek, Bln.-Weißensee

zum 91. Geburtstag:

Gerhard Schuffenhauer, Schwarzenbg.
Werner Kruschwitz, Pirna
Elli Weidauer, Eggersdorf

zum 89. Geburtstag:

Erich Bartel, Hermsdorf
Lieselotte Kleinschmidt, Bln.-Fr'felde
Ernst Möbius, Zeitz

zum 88. Geburtstag:

Gerda Leben, Bln.-Mitte
Horst Schulze, Stralsund

zum 87. Geburtstag:

Wilhelm Ehm, Rostock
Elsa Fahr, Leipzig
Therese Schiewek, Bln.-Weißen.
Walter Wolf, Werdau

zum 86. Geburtstag:

Marianne Lassig, Leipzig
Rudolf Lindenhahn, Leipzig

zum 85. Geburtstag:

Werner Gärtner, Bln.-Köpenick
Kurt Grabowski, Rostock
Kurt Harnisch, Bln.-Prenzl. Berg
Johanna Lehnert, Chemnitz
Ruth Lindner, Plauen
Helmut Michael, Chemnitz
Rudolf Müller, Halle
Heinz Rudolph, Bln.-Lichtenberg
Erich Richter, Lindenbg.
Anna Scheller, Werdau
Gertrud Schwarz, Bln.-Fr'felde
Karl Uda, Schwarzenberg

zum 80. Geburtstag:

Hildegard Bachmann, Cottbus
Elfriede Bauer, Halle
Philipp Busch, Bln.-Mitte
Magda Dürr, Bln.-Mitte
Irma Finn, Suhl
Edgar Fischer, Gräfenau-Angstädt
Willi Gehrmann, Bln.-Lichtenberg
Günter Habermann, Forst
Kurt Heera, Sondershausen
Mira Jäger, Bln.-Hellersdorf
Ursula Korlek, Bln.-Marzahn
Irmgard Lehmann, Rostock
Franz Liebing, Bln.-Fr'hain
Walter Loeffler, Cottbus
Joachim Neisser, Halle
Heinz Rahnsch, Bln.-Marzahn
Elfriede Schiffner, Mügeln
Ingrid Schneider, Bln.-Mitte
Johannes Stolz, Bln.-Treptow
Wolfgang Tanneberger, Chemnitz
Gerhard Thieme, Dresden
Vera Truhn, Bln.-Pankow
Horst Typmel, Leipzig
Helga Wallner, Leipzig
Edeltraud Winklbauer, Waren

zum 75. Geburtstag:

Jonny Becher, Bad Dürrenberg
Hans-Dieter Behrendt, Pdm.-West
Heinz Beutel, Bln.-Marzahn
Hans Block, Bln.-Marzahn
Tino Birnbach, Bln.-Marzahn
Hilde Braatz, Güstrow
Wolfgang Bretfeld, Chemnitz
Gerhard Droese, Bln.-Fr'hain
Peter Ebel, Bln.-Hellersdorf
Jutta Edelmann, Bln.-Fr'felde
Harald Fischer, Bln.-Lichtenberg

Heinz Fitze, Bln.-Fr'hain
Helmut Friedrich, Bln.-Hellersdorf
Siegfried Geisler, Neubrandenb.
Rudi Görmer, Bln.-Fr'hain
Harry Goller, Bln.-Hellersdorf
Willi Grewe, Lassan
Joachim Gröger, Quedlinburg
Horst Harfeldt, Prora
Gerhard Heller, Leipzig
Kurt Hellmich, Rostock
Woldemar Hentschel, Dresden
Harry Hirndorf, Oschatz
Elfriede Janzen, Pdm.-Babels.
Achim Kahlmeyer, Bln.-Mitte
Helmut Käßler, Rostock
Laurenz Klimesch, Weißenfels
Klaus-Dieter Köhler, Rostock
Rita Krause, Bln.-Köpenick
Siegfried Krause, Bln.-Fr'hain
Brigitte Kühn, Bln.-Marzahn
Hanni Kufahl, Röbel
Willi Lange, Potsdam-West
Gerhard Lehmann, Bln.-Treptow
Horst Lehming, Cottbus
Luise-Lotte Lochmann, Bln.-Köpenick
Jürgen Mai, Halle
Willi Marquardt, Bln.-Fr'hain
Ingrid Mehlhorn, Bernburg
Joachim Menz, Jena/Weißenb.
Otto Müldner, Wittenberg/Jessen
Gerhard Müller, Bln.-Hhsn.
Erhard Naumann, Chemnitz
Erwin Neumann, Schwedt
Günter Nitz, Neubrandenburg
Manfred Nötzold, Neubrandenbg.
Elvira Paul, Altenburg
Lothar Paul, Halle
Günther Peschel, Halle

Gerhard Pilz, Werdau
Heinz Poick, Rennerdorf
Leonore Pohle, Grimma
Werner Purps, Rostock
Werner Queißner, Cottbus
Arno Rausch, Bln.-Marzahn
Gisela Richter, Bln.-Marzahn
Manfred Richter, Bln.-Köpenick
Heinrich Roitsch, Rostock
Margarete Röske, Grimmen
Edmund Rothbauer, Wrietzen
Ruth Schindelhauer, Bln.-Pankow
Günther Schliebe, Stralsund
Gerhard Scholz, Bln.-Karlshorst
Dr. Karl-Heinz Scholz, Cottbus
Eckhard Schreiber, Stralsund
Wolfgang Schüle, Strausberg
Siegfried Schütte, Strausberg
Kurt Schultze, Bln.-Karlshorst
Hans-Jürgen Schulz, Waren
Joachim Schulz, Cottbus
Werner Schulz, Bln.-Fr'felde
Werner Schwarz, Bln.-Fr'hain
Karl Schymanski, Schönwalde
Anneliese Smettana, Halberstadt
Heinrich Stein, Bad Schandau
Dr. Werner Strauss, Bln.-Hhsn.
Erwin Strecker, Effelder
Walter Telschow, Rostock
Gerhard Thüring, Bln.-Weißensee
Manfred Ullrich, Ilmenau
Ernst Urban, Rostock
Herbert Voigt, Potsdam/Waldst.
Winfried Wähler, Woltersdorf
Rolf Weinhold, Gera
Herbert Werner, Dresden
Georg Winkler, Meißen

> Fortsetzung von Seite 5

ist ein Gesetzentwurf, durch den an der bisherigen gekürzten Zahlung des Dienstbeschädigungsausgleichs festgehalten werden sollte, dem Bundestag erst gar nicht vorgelegt worden. Deshalb hat der ISOR-Vorstand mit einem Brief vom 17. Juli 2005 an die federführend zuständige Bundesministerin für Gesundheit und Sozialordnung, Ulla Schmidt, die umgehende Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts durch die Änderung des AAÜG und des Dienstbeschädigungsausgleichsgesetzes (DBAG) gefordert. Es ist unzumutbar, heißt es in dem Brief, wenn regelmäßig hochbetagten Bürgern der Bundesrepublik Deutschland inzwischen über mehr als ein Jahrzehnt Entschädigung für Dienstbeschädigung für Zeiten vor dem 1. Januar 1997 und sogar immer noch ganz den ehemaligen Angehörigen des MfS/AFNS, entzogen bleibt.

Die Antwort kam überraschend schnell mit einem Brief vom 22. Juli 2005. Das Bundesverfassungsgericht habe für die gesetzliche Neuregelung keine Frist gesetzt. Die verschiedenen Interessen und Gerechtigkeitsvorstellungen der unterschiedlichen Gruppen müssten mit dem Gleichheitsgebot des Grundgesetzes in Einklang gebracht werden. Es sei nicht vorhersehbar, wann und in welcher Form ein Gesetzentwurf eingebracht werde. Nach den jüngsten Erfahrungen der E3-Gesetzgebung heißt das: Die Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts wird weiter verschleppt. Es wird nach einem Weg gesucht, die ehemaligen Angehörigen des MfS leer ausgehen zu lassen.

Dabei hat das Bundesverfassungsgericht die Vorschriften des AAÜG über die Einstellung von Dienstbeschädigungsteilrenten nur deshalb nicht gleich für nichtig erklärt, weil der Gesetzgeber bis zum 31. Dezember 1996 die Möglichkeit hat, entweder Dienstbeschädigungsausgleich oder die etwas höheren Dienstbeschädigungsteilrenten nachzuzahlen.

Die Verschleppung der Gesetzgebung nehmen wir nicht hin.

Die durch den Entzug von Dienstbeschädigungsrenten Betroffenen sollten in Briefen an den Petitionsausschuss, die Ministerin Ulla

Schmidt und andere die Initiative des Vorstands persönlich unterstützen.

Ausgewählte noch anhängige Verfahren werden erneut mit dem Ziel zum Bundesverfassungsgericht gebracht, dass dieses dem Gesetzgeber endlich mindestens eine Frist setzt.

Uns ist bekannt, dass ehemalige Angehörige des MfS, die nach dem November 2001 Rentner wurden, vom Bundesverwaltungsamt Bescheide über die weitere Zahlung ihrer Dienstbeschädigungsteilrente in Höhe des Dienstbeschädigungsausgleichs erhalten haben. Wir rufen alle TIG-Vorstände und Mitglieder auf, umgehend solche Fälle unter Beifügung der Kopie dieses Bescheides an den ISOR-Vorstand zu berichten.



Finanzprüfung bei ISOR e.V.

Im Juli 2005 wurde durch das Finanzamt Berlin, Körperschaften I, eine Betriebsprüfung in der Geschäftsstelle der ISOR e.V. durchgeführt. Gegenstand war die sachgemäße Beurteilung aller Finanzvorgänge der Jahre 2001 bis 2003, die richtige und vollständige Kontierung sowie die ordnungsgemäße Abführung von Steuern.

Feststellungen, die steuerliche Konsequenzen oder Auflagen zur Folge haben, konnten nicht getroffen werden. Die Ordnungsmäßigkeit der Finanzbuchhaltung wurde bestätigt.

Der Vorstand der ISOR e.V. dankt den Vorständen der TIG sowie insbesondere den Kassierern und Betreuern, die mit ihrer gewissenhaften Arbeit die Voraussetzungen schaffen, ein ordnungsgemäßes Buchwerk in der Geschäftsstelle zu erstellen.

Dennoch muss bei kritischer Bewertung eingeschätzt werden, dass einige TIG ihre Finanzunterlagen nicht sorgfältig genug führen, so dass in der Geschäftsstelle ein z.T. unnötiger Mehraufwand entsteht, um eine ordnungsgemäße Finanzwirtschaft zu gewährleisten.

Das positive Ergebnis der Betriebsprüfung sollte für alle Vorstände der TIG und Kass Prüfer weiterhin Anlass sein, die Nachweisführung und Abrechnung der finanziellen Mittel des Vereins noch gewissenhafter zu prüfen und immer auf der Grundlage der Finanzordnung zu gewährleisten.



Wir trauern um unsere
verstorbenen Mitglieder



LOTHAR BÄHRING, Bernau
HEINZ BERGMANN, Cottbus
RUDOLF DIENST, Leipzig
WILLI DROGAN, Forst
PETER ERFURTH, Greifswald
HARRY HABERMANN, Schwarzenberg
ROLAND HAMPL, Leipzig
WALTER KIRSCHT, Frankfurt/O
ILSE KOCH, Triepkendorf
ELFRIEDE KRAUSE, Dessau
GERHARD KRAHNEFELD, Schwarzheide
WILLI LEITNER, Bln.-Mitte
RAINER MAI, Dresden
MANFRED MEYER, Erfurt
MARGARETE MUHR, Bln.-Mitte
RITA PAPE, Sondershausen
HERBERT SCHENKER, Chemnitz
GÜNTER SCHMIDT, Bernau
FERDINAND SCHWARZ, Leipzig
GERHARD SKEIB, Schwielowsee/Geltow
HELMUT VATER, Cunewalde
GERHARD VOIGT, Leipzig
HANS WARNCKE, Güstrow
KLAUS WESTMANN, Stralsund
PETER WINNING, Bln.-Fr'felde
RONALD ZIRNSTEIN, Erkner

Ehre ihrem Andenken.

Von Mitglied zu Mitglied:

Biete komfortable Ferienwohnung (55 qm) in **Sellin/Rügen**. 200m zum Südstrand.
Tel. 038303 / 86789



Wer kann helfen ?

Für einen philatelistischen Katalog über die bewaffneten Organe der DDR suche ich Briefumschläge mit Anschrift/Absender »1199 Berlin PSF.« 2-stellig für WR F.D. Berlin, sowie Manöverpost der NVA.

Bitte an: Guntram König, Am Mühlfeld 2; 01744 Paulsdorf; Tel. 03504-616393

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 27.07.2005

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 24.08.2005

Einstellung im Internet: 02.09.2005

Auslieferung: 08.09.2005

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Donnerstags von 15 bis 18 Uhr